

Positionspapier zur EU-Waldstrategie

Ende 2019 hat die EU-Kommission den Europäischen Grünen Deal veröffentlicht. Darin setzt sich die EU das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu sein. Ein ambitioniertes Maßnahmenpaket leitet den Wandel hin zu einem nachhaltigen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem ein. Der Deutsche Forstwirtschaftsrat (DFWR) begrüßt diese Initiative der EU. Die Ziele des Grünen Deal sind jedoch nur erreichbar, wenn die Nutzung nachhaltiger Rohstoffe eine Abkehr von fossilen Energieträgern ermöglicht. Die Forstwirtschaft bietet durch die Bereitstellung des erneuerbaren Rohstoffes Holz, verbunden mit der CO₂-Senkenleistung in Bäumen, Böden, Holzproduktespeicher und als Substitutionsressource viele Möglichkeiten für aktiven Klimaschutz. Der DFWR fordert die EU-Kommission, die Abgeordneten des Europaparlaments und die Mitglieder der deutschen Bundesregierung und des Bundestags auf, die Potentiale der Forstwirtschaft für die Umsetzung des Grünen Deals in den jeweiligen Geschäftsfeldern aktiv aufzugreifen und zu unterstützen. Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass die multifunktionale nachhaltige Waldbewirtschaftung in Zukunft einen noch größeren Beitrag zur Klimaneutralität leisten kann.

Im ersten Quartal 2021 wird die EU-Kommission eine neue EU-Waldstrategie auf den Weg bringen, die bis 2030 als Koordinierungsleitfaden für forstrelevante Politiken auf EU-Ebene dient. Sie soll ein eigenständiges Rahmeninstrument sein, um die Bedeutung und das Potential der europäischen Wälder zu erhalten und weiterzuentwickeln. Als Leitgrundsätze dienen nachhaltige Waldbewirtschaftung, Multifunktionalität, Ressourceneffizienz und globale Waldverantwortung. Die immer zahlreicheren und ambitionierteren waldbezogenen Initiativen der EU dürfen nicht zur weiteren Zunahme von Zielkonflikten sowie deren Verlagerung auf die regionale und lokale Ebene führen, sondern müssen unter Beachtung des Kohärenzgebotes und der wechselseitigen Folgewirkungen integriert werden. Die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips als politische Maxime für die Forstpolitik ist besonders wichtig. Der Vertrag über die Arbeitsweise der EU nimmt keinen Bezug auf eine gemeinsame Forstpolitik, so dass die Verantwortung bei den Mitgliedsstaaten liegt. Auf Grund der Vielfältigkeit der europäischen Wälder sind kleinräumige Lösungen ohnehin europäischen Vorgaben vorzuziehen. Eine gemeinsame Bestimmung von verbindlichen Zielen, anerkannte Zielindikatoren und deren Kontrolle in der EU-Waldstrategie sind dafür notwendig.

Folgende Kernelemente sind in der neuen EU-Waldstrategie 2030 zu berücksichtigen:

- Einhaltung der UN Sustainable Development Goals
- Anerkennung der Systemrelevanz der Wälder und deren Bedeutung für den Grünen Deal
- Beachtung des Gleichgewichts zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialen Aspekten
- Integration vor Segregation: Im Gegensatz zur Maximierung von Einzelzielen kann durch nachhaltige, multifunktionale Waldbewirtschaftung den gesellschaftlichen Ansprüchen auf einer Fläche gerecht werden.
- Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips: Bottom up Ansatz schafft Eigenverantwortung und berücksichtigt regionale und lokale Unterschiede.
- Einbeziehung aller Stakeholder, insbesondere Waldeigentümer
- Stärkung des Wissens der Öffentlichkeit über Waldbewirtschaftung
- Ex ante Bewertung von wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Folgen der Forstpolitik
- Inwertsetzung und Honorierung der Waldökosystemleistungen
- Keine Unterordnung zur Biodiversitätsstrategie – EU-Waldstrategie muss mind. gleichgestellt sein

Deshalb fordert der DFWR:

1. Forstwirtschaft und Waldeigentum in Politik und Gesellschaft stärken

Die europäischen Wälder spiegeln den Leitgedanken der EU „Einheit in Vielfalt“ in der Verteilung und Struktur des Waldeigentums wider. Das Waldeigentum liegt direkt (Privatwaldbesitzer) oder indirekt (Staats- oder Kommunalwald) mehrheitlich in der Hand der EU-BürgerInnen. Deshalb braucht die zukünftige Waldstrategie ein klares Bekenntnis zum bürgerlichen Waldbesitz, das auch den Waldbesitz der Gebietskörperschaften als besonderes Gut einschließt. Als Kommunikationsinstrument für den verantwortungsbewussten Umgang der Waldbesitzenden aller Besitzarten dienen insbesondere die weit verbreiteten Zertifizierungssysteme.

Angesichts der momentanen Wirtschaftskrise und den Folgen des Klimawandels drohen fehlende wirtschaftliche Perspektiven das Interesse der privaten Waldbesitzenden zu reduzieren. Die EU-Waldstrategie muss Wege aufzeigen, einer solchen Entwicklung nachhaltig entgegenzuwirken. Dazu muss sie als zentrales Kampagnenelement zur Bewusstseinschaffung für die Belange des Waldeigentums sein und die Rolle und Verantwortung der Waldeigentümer stärken. Außerdem muss die Politik ihren Beitrag zur Akzeptanzsteigerung der Forstwirtschaft und deren gesellschaftlichen Leistungen, wie etwa der Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, erbringen.

2. Widerstandsfähige, klimatolerante Wälder schaffen

Die deutschen Wälder nehmen in beträchtlichem Umfang CO₂ auf. Um diese Funktion auch in Zukunft erfüllen zu können, muss der Wald erhalten und an den Klimawandel angepasst werden. Hierfür müssen Mischbestände, Pflanzungen, Kulturmaßnahmen und natürliche Anpassungsprozesse gefördert und stabilisiert werden. Auch eingeführte, an das veränderte Klima besser angepasste Baumarten sind in diesem Zusammenhang nötig. Dafür muss auch die Forstpflanzenzüchtung intensiviert werden. Besonders hinsichtlich der häufiger werdenden Schadereignisse im Klimawandel sind die Koordinierung und Finanzierung der Wiederaufforstung essenziell. Um die Resilienz der Wälder zu stärken, muss der Schutz der Waldökosysteme vor abiotischen und biotischen Gefahren verstärkt werden.

3. Multifunktionalität wertschätzen

Nachhaltige Waldbewirtschaftung dient den verschiedenen gesellschaftlichen Ansprüchen und dem Erhalt der natürlichen Lebensgemeinschaften auf gleicher Fläche durch integrative Bewirtschaftungsansätze. Eine zukunftsfähige Waldstrategie für Europa sollte dafür Sorge tragen, dass diese weiterhin gefördert und deren Wertigkeit verstärkt kommuniziert werden. In der Ausgewogenheit der Nachhaltigkeitskriterien lässt Integration Raum für die Ausweisung von prioritären Funktionen in bestimmten Gebieten zu (z.B. als Prozessschutzflächen, kulturhistorisch wertvolle Wälder, Habitatflächen und Erholungsareal im urbanen Umfeld oder in Tourismusgebieten). Die Sicherung einer nachhaltigen Holzproduktion in multifunktionalen Wäldern auf europäischer Ebene ist zur Vermeidung von Holzimporten aus Wald zerstörender Produktion in Drittländern essenziell.

4. Biodiversität schützen

Der Schutz und Erhalt der Wald-Biodiversität muss in der EU-Waldstrategie statt durch Flächenstilllegungen über integrative Waldbewirtschaftungsmethoden verankert werden. Zur Erhaltung resilienter Waldökosysteme sind forstliche Eingriffe auf ganzer Fläche nötig; der beobachtbare Paradigmenwechsel bei Natura 2000 Gebieten im Wald (Wechsel von integrativem zu

segregativem Naturschutz) ist kontraproduktiv. Gleichzeitig sollen die verbliebenen Primärwälder in der EU geschützt werden.

5. Fördersysteme den Anforderungen anpassen

Die vielfältigen Funktionen der Wälder können nur dann weiterhin erhalten werden, wenn die Waldbesitzenden in die Lage versetzt werden, die Anpassungsfähigkeit ihrer Wälder durch aktive, waldbauliche Maßnahmen zu stärken. Bestehende Fördersysteme sind allein nicht ausreichend, daher muss die EU-Waldstrategie Wege aufzeigen, wie die Unterstützung und Erschwernisausgleich der Waldbesitzenden vor Ort verbessert werden kann. Denkbar ist hier die Einrichtung eines übergreifenden Multifonds-Programms für den Wald und die forstbasierten Industrien. Förderung und Ausgleich müssen regional und sektorübergreifend gestaltet werden. Umweltökonomische Instrumente (PES – Payments for Ecosystem Services) können hierbei Ausgleichsanreize zur kontinuierlichen Bereitstellung von Ökosystemleistungen im Wald sein.

Insbesondere Leistungen der Waldeigentümer für den Klimaschutz sind zu honorieren und damit ein leistungsbezogener finanzieller Anreiz zu schaffen, die Klimaschutzfunktion der Wälder aktiv zu erhalten und auszubauen. Die Klimaschutzleistung des Waldes durch dessen CO₂-Bindungsfunktion kann zudem für Forstbetriebe und Waldbesitzende auch in Krisenzeiten etwa bei wegbrechenden Erlösen aus der Holzvermarktung ein wichtiges Instrument zur Einkommensdiversifizierung sein.

6. Waldfläche ausdehnen

Die Erweiterung der Waldfläche in Europa kann große Wirkung haben, da dann mehr Fläche zur Verfügung steht, die die vielfältigen Ökosystemleistungen des Waldes bereitstellen kann. Bereits in der Vergangenheit haben die EU und ihre Vorläuferorganisationen Erstaufforstungen gefördert. Diese Maßnahmen waren ein Erfolg und müssen angesichts der aktuellen Herausforderungen erweitert und intensiviert werden.

7. Holzverwendung forcieren

Holznutzung leistet einen entscheidenden Beitrag zur Kreislaufwirtschaft, die durch CO₂ Bindung im Rohstoff Holz sowie die Substitution energie-intensiver fossiler Ressourcen besonders klimafreundlich ist. Deshalb muss sowohl die stoffliche Nutzung von Holz etwa beim Bau öffentlicher und privater Gebäude als auch die energetische Nutzung von sauberer Holzenergie vorangetrieben werden. Entwaldungsfreie Lieferketten für Konsumprodukte der EU-BürgerInnen zu gewährleisten und regionale Wertschöpfung zu fördern, wird als besonders relevant erachtet.

8. Datenerhebung und Monitoring verbessern

Das EU-Waldinformationssystem muss weiterentwickelt werden, um eine Grundlage für zielgerechte politische Entscheidungen zu bieten. Waldbezogene EU-Politiken sind auf Ergebnisse anerkannter, evidenzbasierter Monitoringsysteme auszurichten, die u.a. Aussagen über Forstschutz, Waldschäden und Waldbrand beinhalten. Dabei sind die Langfristigkeit der natürlichen Entwicklungsprozesse von Waldökosystemen und die vielfältigen äußerlichen Einflussfaktoren auf die Wälder adäquat zu berücksichtigen.

9. Forschung und Innovation unterstützen

Forstliche Forschung zum Wald im Klimawandel und der Verwendung von Holz, insb. Laubholz, muss gestärkt und EU-weit integriert werden. Zusätzlich muss die Innovationsfähigkeit des Sektors gefördert werden.

Schlussfolgerungen

Das Ziel der Klimaneutralität Europas bis 2050 wie im Europäischen Grünen Deal vereinbart, ist nur mit Hilfe der europäischen Wälder und der Waldeigentümer zu erreichen. Daher muss in der EU-Waldstrategie sichergestellt werden, dass langfristig die richtigen Rahmenbedingungen für nachhaltige, multifunktionale Waldbewirtschaftung geschaffen werden, um die Wälder langfristig an den Klimawandel anzupassen.